

EMBARGO  
Do not publish or distribute before  
16h00 GMT  
on Wednesday 15th December 2010

# Kurzfassung



Internationale  
Arbeitsorganisation

## Global Wage Report 2010/11

Wage policies in times of crisis

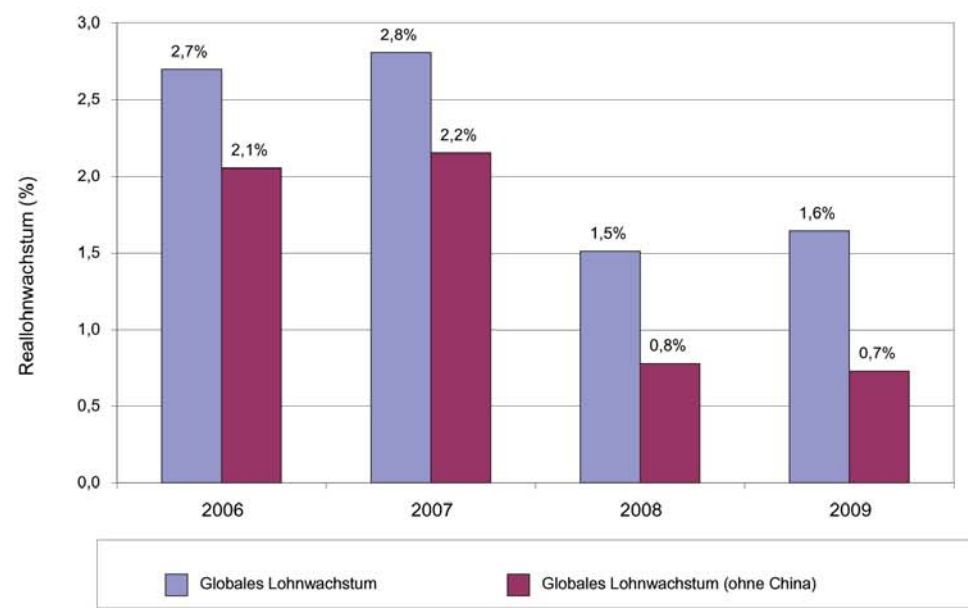
### [Global Wage Report 2010/11

Lohnpolitik in Zeiten der Krise]

### Jüngste Trends

Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich das Wachstum der Reallöhne weltweit erheblich verlangsamt. Auf der Grundlage amtlicher Statistiken aus 115 Ländern und Gebieten schätzt der *Global Wage Report 2010/11*, dass das Wachstum der durchschnittlichen realen Monatslöhne von 2,8 Prozent im Jahr 2007 (vor der Krise) auf 1,5 Prozent 2008 bzw. 1,6 Prozent 2009 zurückging. Ohne China (das in den amtlichen Lohnstatistiken nur mit dem Staat verbundene sogenannte „städtische Einheiten“ erfasst) ergibt sich aus den Berechnungen des Berichts ein Rückgang des Reallohnwachstums von 2,2 Prozent 2007 auf 0,8 Prozent 2008 bzw. 0,7 Prozent 2009. Während sich das Wachstum in praktisch allen Ländern verlangsamt, verzeichneten 2008 mehr als ein Viertel und 2009 ein Fünftel der in unserer Stichprobe erfassten Länder und Gebiete sogar eine negative Wachstumsrate.

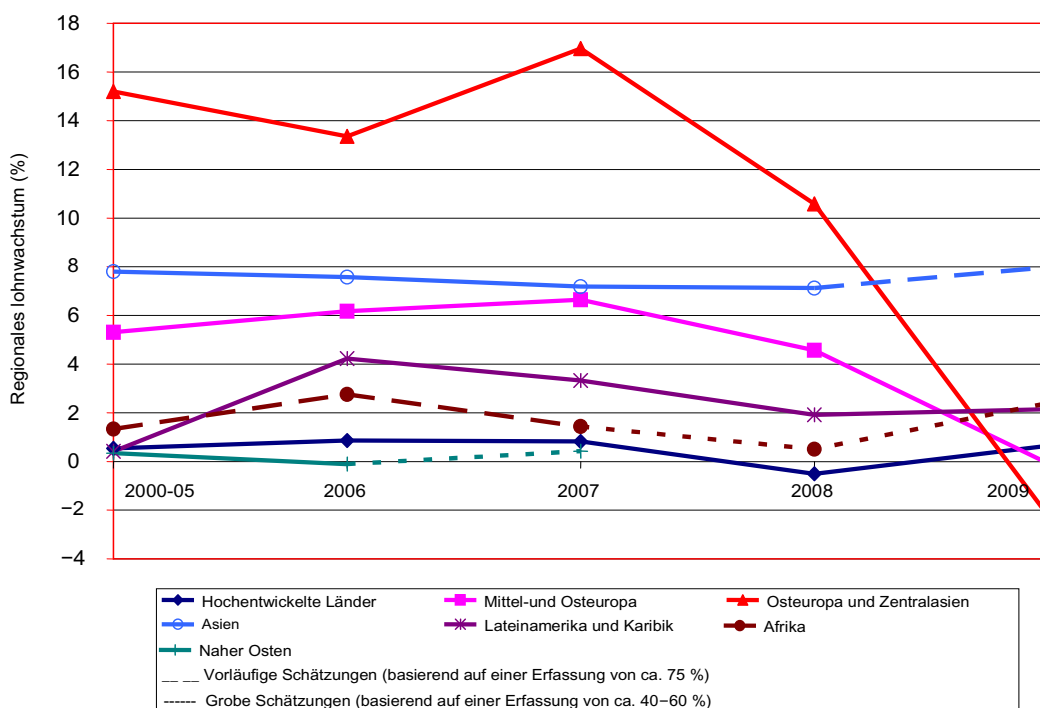
**Abbildung 1 Globales Lohnwachstum, 2006–09  
(jährliche Veränderung der Reallöhne in Prozent)**



Hinweis: Das globale Lohnwachstum wird berechnet als gewichteter Durchschnitt des tatsächlichen oder geschätzten jährlichen Wachstums der durchschnittlichen realen Monatslöhne in 115 Ländern und Gebieten mit 94 Prozent aller abhängig Beschäftigten der Welt. Zu Erfassung und Methodik siehe *Global Wage Report 2010/11*, Technical appendix I. Quelle: Lohndatenbank der IAO.

Beim Lohnwachstum bestehen erhebliche regionale Unterschiede (siehe Abbildung 2). Für die hochentwickelten Länder schätzt der Bericht, dass die Reallöhne, die vor der Krise jährlich um rund 0,8 Prozent gewachsen waren, nach dem Ausbruch der Krise 2008 zunächst um  $-0,5$  Prozent zurückgingen und dann 2009 wieder um 0,6 Prozent anstiegen. In Osteuropa und Zentralasien fiel das Wachstum der Reallöhne im Jahr 2007 (in dem die Erholung der Löhne von ihrem Einbruch in den frühen Phasen des wirtschaftlichen Übergangs noch andauerte) von durchschnittlich 17,0 Prozent im Jahr 2008 auf 10,6 Prozent und 2009 sogar auf  $-2,2$  Prozent.<sup>1</sup> In Mittel- und Osteuropa fiel das Reallohnwachstum von 6,6 Prozent im Jahr 2007 auf 4,6 Prozent 2008 und  $-0,1$  Prozent 2009. In Asien stiegen die Reallöhne im Zeitraum 2006–09 um mehr als 7 Prozent: 2007 betrug die Wachstumsrate 7,2 Prozent, 2008 7,1 Prozent und 2009 8 Prozent. In Lateinamerika und der Karibik verlangsamte sich das Reallohnwachstum Schätzungen zufolge von 3,3 Prozent 2007 auf 1,9 Prozent 2008 und 2,2 Prozent 2009. Für Afrika zeigen unsere vorläufigen Schätzungen für 2007 ein Wachstum der realen Monatslöhne von rund 1,4 Prozent, für 2008 einen Rückgang des Wachstums auf 0,5 Prozent und für 2009 einen Wiederanstieg auf 2,4 Prozent. Für den Nahen Osten sind selbst grobe Schätzungen des Lohnwachstums für 2008 und 2009 noch nicht möglich, weil bislang zu wenige Länder ihre Lohndaten übermittelt haben. Jedoch ist aus den für frühere Jahre vorliegenden Daten zu schließen, dass die Löhne der Arbeitnehmer im Nahen Osten (von denen großer Teil Arbeitsmigranten sind) schon vor der Krise eher langsam gestiegen sind.

**Abbildung 2 Regionales Lohnwachstum, 2000–09 (in Prozent pro Jahr)**



<sup>1</sup> Wie bereits im *Global Wage Report 2008/09* betont, war das rasche Lohnwachstum vor der Krise in den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) ein wesentlicher Bestandteil des Erholungsprozesses, der auf den Lohneinbruch in den frühen Phasen des wirtschaftlichen Übergangs Anfang der 1990er Jahre folgte. Außerdem war das Beschäftigungswachstum in den GUS-Ländern in den Jahren vor der Krise relativ schwach, so dass das BIP-Wachstum hauptsächlich durch Produktivitätssteigerungen vorangetrieben wurde, die ihrerseits Lohnzuwächse ermöglichten. productivité, lesquels permettaient aux salaires de croître.

## Die Krise vor der Krise und die Rolle der Lohnpolitik

In den hochentwickelten Ländern sollten die kurzfristigen Auswirkungen der Krise auf die Durchschnittslöhne vor dem Hintergrund eines langfristigen Rückgangs des Lohnanteils am BIP vor der Krise und einer längeren Periode der Lohnzurückhaltung gesehen werden. Übersicht 1 berücksichtigt diese längerfristige Perspektive und präsentiert Daten zur Lohnentwicklung im ganzen ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre im Vergleich zum Ausgangsjahr 1999. Die Übersicht zeigt, dass die globalen Durchschnittslöhne in diesem Zeitraum um fast ein Viertel angestiegen sind. Zu diesem Anstieg haben vor allem aufstrebende Regionen wie etwa Asien beigetragen, wo sich die Löhne seit 1999 mehr als verdoppelt haben, aber auch Länder in Osteuropa und Zentralasien, wo sie sich mehr als verdreifacht haben (was u.a. deutlich macht, wie einschneidend hier der Lohnrückgang in den 1990er Jahren war). Dagegen stiegen die Reallöhne in den hochentwickelten Ländern im ganzen Jahrzehnt real nur um etwa 5 Prozent, was auf eine Periode der Lohnzurückhaltung schließen lässt.

**Übersicht 1 Kumulatives Lohnwachstum nach Region seit 1999 (1999 = 100)**

	1999	2006	2007	2008	2009
Hochentwickelte Länder	100	104,2	105,0	104,5	<b>105,2</b>
Mittel- und Osteuropa	100	144,8	154,4	161,4	<b>161,3</b>
Osteuropa und Zentralasien	100	264,1	308,9	341,6	<b>334,1</b>
Asien	100	168,8	180,9	193,8	<b>209,3*</b>
Lateinamerika und Karibik	100	106,7	110,3	112,4	<b>114,8</b>
Afrika	100	111,2*	112,8*	113,4**	<b>116,1**</b>
Naher Osten	100	101,9*	102,4*	...	...
Welt	100	115,6	118,9	120,7	<b>122,6</b>

\* Vorläufige Schätzungen (basierend auf einer Erfassung von ca. 75 Prozent).

\*\* Grobe Schätzungen (basierend auf einer Erfassung von ca. 40–60 Prozent).

... Keine Schätzung verfügbar

Anmerkung: Zu Erfassung und Methodik siehe *Global Wage Report 2010/11*, Technical appendix I.

Quelle: ILO Global Wage Database.

Der Bericht zeigt außerdem, dass sich der Anteil der Bezieher niedriger Arbeitsentgelte – definiert als weniger als zwei Drittel des Medianlohns – seit Mitte der 1990er Jahre in mehr als zwei Dritteln der Länder, für die Daten verfügbar sind, erhöht hat. Dazu gehören z. B. Argentinien, China, Deutschland, Indonesien, Irland, Polen, die Republik Korea und Spanien. In diesen und anderen Ländern mit einem hohen oder zunehmenden Anteil von Niedriglöhnen besteht die Gefahr, dass viele Menschen den Anschluss verlieren. Die Wahrscheinlichkeit, in einen besser bezahlten Arbeitsplatz aufzusteigen, ist weiterhin gering, während die Gefahr, im Niedriglohnsektor gefangen zu bleiben, dagegen hoch ist. Dies kann soziale Spannungen verstärken, vor allem, wenn bestimmte Gruppen das Gefühl haben, sie hätten während der Krise einen hohen Preis bezahlt, obschon die positiven Effekte des früheren Wirtschaftsaufschwungs ungleich verteilt waren – und es vielleicht auch in der künftigen Erholungsphase sein werden. Unser Bericht vertritt auch die Auffassung, dass Diskriminierung eine wichtige Rolle spielt, wenn sich Niedriglöhne sowie Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen hartnäckig halten. In Industrie- wie auch in Entwicklungsländern sind die schlecht bezahlten Arbeitnehmer in der Regel jung, überproportional oft weiblich, und sie gehören häufiger einer benachteiligten ethnischen oder rassischen Minderheit oder Immigrantengruppe an. Die Häufung dieser Merkmale bei den Niedriglohnempfängern führt zu einer Unterbewertung ihrer Arbeitsplätze.

Besorgniserregend ist auch, dass die vor der Krise herrschende Stagnation der Löhne tatsächlich zu der Krise beigetragen und die Fähigkeit der Volkswirtschaften zu einer raschen Erholung geschwächt haben könnte. Obwohl viele weitere Faktoren an der Auslösung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise beteiligt waren, gibt es die Ansicht, die strukturellen Wurzeln der Krise seien im Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu suchen, der ihr vorausgegangen war. Die Umverteilung von Löhnen zu Gewinnen und von Beziehern mittlerer zu Beziehern hoher Löhne bewirkte einen Einkommenstransfer von Personen mit hoher Ausgabeneigung zu Personen mit stärkerer Sparneigung und verringerte so die Gesamtnachfrage. Vor der Krise war es einigen Ländern gelungen, den Verbrauch der privaten Haushalte durch eine stärkere Verschuldung aufrechtzuerhalten, während andere Länder ihr Wirtschaftswachstum hauptsächlich durch Ausfuhren förderten. Es hat sich jedoch gezeigt, dass dieses Modell auf Dauer nicht tragfähig ist. In Zukunft werden die Länder wohl erkennen, dass es in ihrem Interesse liegt, ihr Wirtschaftswachstum auf höheren Konsum der privaten Haushalte zu stützen, der allerdings auf Erwerbseinkommen und nicht auf steigender Verschuldung basieren sollte.

Unser Bericht vertritt die Ansicht, dass die Lohnpolitik einen positiven Beitrag zu einem zukunftsfähigeren wirtschaftlichen und sozialen Modell leisten kann. Kollektivverhandlungen und Mindestlöhne können mithelfen, die Erholung ausgewogener und gerechter zu gestalten, indem sichergestellt wird, dass Arbeitnehmerfamilien und Haushalte mit geringem Einkommen einen fairen Anteil an den Früchten jedes einzelnen Prozentpunkts des wirtschaftlichen Wachstums erhalten. Der *Global Wage Report 2008/09* hat gezeigt, dass in Ländern mit hoher Tarifbindung (Kollektivvereinbarungen, die für mehr als 30 Prozent der Beschäftigten gelten) der Zusammenhang zwischen Löhnen und Produktivität stärker ausgeprägt ist und dass Mindestlöhne die Ungleichheit in der unteren Hälfte des Lohnspektrums reduzieren können. Der aktuelle Bericht zeigt, dass Kollektivverhandlungen und Mindestlöhne auch dazu beitragen können, den Anteil der Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen zu verringern.

Gleichzeitig sehen sich jedoch die Gewerkschaften weiterhin mit erheblichen Problemen konfrontiert, wenn es darum geht, schutzbedürftige Arbeitnehmer zu erreichen und ein wirksames Mindestlohnsystem aufzubauen. Der Bericht befasst sich mit Verbesserungen der Mechanismen zur Lohnfestsetzung und hebt die Notwendigkeit hervor, durch politische Maßnahmen das Risiko zu verringern, dass Bezieher von Niedriglöhnen in Armut abgleiten. Lohnergänzungsleistungen wie etwa Steuergutschriften sind sicher hilfreich, vor allem wenn sie mit wirksamen Regelungen für Lohnuntergrenzen einhergehen. In Ländern, in denen Lohnergänzungsleistungen keine praktikable Option sind, z. B. wegen eines hohen Anteils informeller Beschäftigung, müssen direktere Einkommensstützungsmaßnahmen für bedürftige Familien (wie etwa Geldtransfers) ins Auge gefasst werden. Daher sollte die Entwicklung lohn- und einkommenspolitischer Strategien in einem umfassenden Regulierungsrahmen erfolgen, in dem die verschiedenen Politikelemente folgerichtig und kohärent miteinander verzahnt werden. Der Gewährleistung eines „Mindesteinkommens“ für schutzbedürftige Arbeitnehmerfamilien kommt gerade in Zeiten von Krisen und Krisenerholung eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu.

---

Copyright © Internationale Arbeitsorganisation

Diese Kurzfassung ist kein offizielles Dokument der Internationalen Arbeitsorganisation. Die zum Ausdruck gebrachten Ansichten spiegeln nicht notwendigerweise die Positionen der IAO wider. Die verwendeten Bezeichnungen sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung der IAO hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen. Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass die IAO sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Dieser Text kann mit Quellenangabe frei reproduziert werden.

Abteilung Kommunikation und Information  
Internationale Arbeitsorganisation  
4, Route des Morillons, 1211 Genf 22, Schweiz  
Nähere Informationen finden Sie auf unserer Website [www.ilo.org](http://www.ilo.org).

